

## **„Wo steht die Arbeiterschaft heute?“**

### Krieg und Nachkrieg

### in der Erfahrung der Ruhrarbeiterschaft

---

Dr. Ulrich Herbert, geb. 1951 in Düsseldorf, Studium der Geschichte und Germanistik in Freiburg/Br., war von 1976 bis 1980 Lehrer, von 1980 bis 1984 wiss. Mitarbeiter an der Universität Essen und ist seitdem Hochschulassistent an der Fernuniversität Hagen.

Über „die Haltung der unpolitischen Masse, die kritik- und gedankenlos mitläuft und immer wieder Anlaß zu dem Urteil gibt, daß das Regime gerade in der Arbeiterschaft noch auf die meisten Anhänger zählen könne“, berichtete ein Korrespondent der Exil-SPD im Jahre 1937 nach Prag; und solche zornigen und enttäuschten Meldungen waren häufig in den „Deutschland-Berichten“ der „Sopade“ über die „Haltung“ der Arbeiterschaft im nationalsozialistischen Deutschland. Sie waren gewiß übertrieben und spiegeln mehr als die Wirklichkeit die enttäuschten Hoffnungen und Erwartungen der sozialdemokratischen Funktionäre im Exil, denn auf der anderen Seite zeigen die Berichte der nationalsozialistischen V-Leute über die Lage in den Betrieben, daß es nach wie vor die Arbeiterschaft war, von der die größte Beunruhigung für die Stabilität des Regimes ausging, jedenfalls in den Augen der Machthaber. Aber weder das eine noch das andere trat ein, weder wurde die Arbei-

terschaft zur „Hauptstütze“ der Diktatur, noch kam es zu oppositionellen Massenbewegungen der Arbeiterschaft gegen das Regime. „Das eigentliche Rätsel in Deutschland“ nannte ein Sopade-Korrespondent das Verhalten der Arbeiter unter der Nazi-Diktatur.

Diese Unsicherheit darüber, wo denn „die Arbeiterschaft heute stehe“, war nach dem Ende von Krieg und Diktatur eher noch größer geworden. Hatte die NS-Propaganda vom „Deutschen Sozialismus“ nicht tiefgreifende Auswirkungen auf das politische Bewußtsein auch der Arbeiterschaft nach sich gezogen? Hatte nicht die Propagierung der „Volksgemeinschaft“ die Klassen-solidarität überdeckt, ja abgelöst? Und welche Folgen hatten die Erfahrungen von Militärdienst und Bombenkrieg für das Denken und die politische Haltung der deutschen Arbeiterschaft, mit der Gewerkschaften und Sozialdemokratie nun an den Aufbau einer sozialen Demokratie in Westdeutschland gehen wollten?

Solche Fragen sind auch für eine historische Auseinandersetzung mit der politischen Ausgangslage bei Gründung der Bundesrepublik mit herkömmlichen Methoden nur schwierig zu beantworten; daher wurde in den vergangenen Jahren in dem Projekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 und 1960“ versucht, die Erfahrungen, die in den Jahren der Diktatur und danach von Arbeitern im Ruhrgebiet gemacht worden waren, mit Hilfe von lebensgeschichtlichen Interviews aufzuspüren und zu untersuchen. Ohne daß hier auf die komplizierten methodischen Fragen eingegangen werden kann, sollen im Folgenden einige Ergebnisse dieses Projekts zusammengefaßt vorgestellt werden, wobei ich mich dabei auf die Jahre des Krieges und der Nachkriegszeit konzentriere.<sup>1</sup>

Lebensgeschichtliche Erinnerungen gliedern sich nicht nach den Daten der Politik; berufliche und private Einschnitte, persönliche Schicksalsschläge und Glücksmomente, Zeiten des Wohlergehens und der Armut oder des Unglücks markieren die Phasen eines Lebens im Rückblick - und das ist auch bei den an politischen Schicksalsdaten so reichen dreißiger und vierziger Jahren nicht anders. Aber hier überrascht es mehr, wenn bei der überwiegenden Zahl der Befragten die lebensgeschichtlich wichtigen Wendepunkte nicht 1933 oder 1939 gesehen werden, sondern etwa 1935 und 1942, wobei die Jahre mit sicherem Arbeitsplatz und sozialer Stabilität von denen des Niederganges, des Bombenkrieges und der Entbehrungen getrennt werden. Das bedeutet nicht, daß der Terror der Nationalsozialisten und die Entrechtung der Arbeiterschaft im „Dritten Reich“ nicht wahrgenommen oder vergessen worden wären; aber neben sie schob sich mehr und mehr die für die meisten ganz neuartige Erfah-

---

<sup>1</sup> Lutz Niethammer (Hg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983; ders. (Hg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983; ders./Alexander von Plato (Hg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin/Bonn 1985. Der hier vorliegende Beitrag ist die stark gekürzte Fassung von: Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Niethammer/v. Plato (Hg.), Wir kriegen jetzt andere Zeiten, S. 19-52.

rung von relativer sozialer Sicherheit seit Beendigung der Wirtschaftskrise 1934/35, die sich im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren der Dauerarbeitslosigkeit um so schärfer heraushob und vor allem die Hoffnung auf einen vielleicht langsamen, dafür aber stetigen und langfristigen Aufstieg eröffnete.

### Kriegszeiten

Daß der 1. September 1939 als politisches Datum und als Tag erinnert wird, an dem lang gehegte Befürchtungen Wirklichkeit wurden, ist naheliegend. Lebensgeschichtlich aber liegen die mit dem Krieg verbundenen Einschnitte an anderen Punkten, die jeweils den Beginn der unmittelbaren Berührung mit den Kriegseignissen im engeren Sinne bezeichnen. Dies war für die einen die Einziehung zum Reichsarbeitsdienst, an den sich Militärdienst und Kriegsteilnahme unmittelbar anschlossen, so daß für manche schon 1937 eine mehr als zehnjährige ununterbrochene Phase des Lebens in militärischen Organisationen - Arbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft - begann. Da die Einziehungsquoten in den rüstungswichtigen Großbetrieben des Ruhrgebiets bis Ende 1941 aber stark unterdurchschnittlich waren, wird von den meisten männlichen Interviewpartnern der Beginn der „schlechten Zeiten“ erst mit etwa 1942 datiert. Dies stimmt auch mit den Erinnerungen von Frauen, Jugendlichen und dauernd „unabkömmlich (uk)-gestellten“ Männern überein, für die das Einsetzen regelmäßiger alliierter Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet seit Anfang 1943 den Wendepunkt markiert hat.

Mit diesem je unterschiedlich terminierten Wendepunkt aber trennten sich die Erfahrungen der einzelnen mehr und mehr von ihrer sozialen Ausgangslage, und andere Kriterien gewannen größere Bedeutung: ob einer eingezogen oder uk-gestellt wurde, an die West- oder an die Ostfront kam, verwundet wurde oder nicht; ob eine Familie am Stadtrand oder in den bombengefährdeten Innenstädten lebte, ob sie ausgebombt wurde oder nicht; ob die Kinder evakuiert wurden, ob man Ausgebombte oder Flüchtlinge aufnehmen oder selbst bei Fremden unterkommen mußte - das waren Kriterien, nach denen sich das Schicksal der einzelnen formte und sich ihre Erfahrungen prägten.

Die Analyse von Erinnerungen an die Kriegszeit zeigt hier die Bandbreite der Erfahrungsmöglichkeiten und ihrer Verarbeitungsformen - die zunehmende Lösung der individuellen Erfahrung von den sozialen Grundkonstellationen ist dabei das beherrschende Ergebnis. Dabei werden auch Defizite der sozialgeschichtlichen Erforschung der Kriegszeit deutlich: Dies gilt zunächst für die Sozialgeschichte der Soldaten. Die große Bedeutsamkeit der Erfahrungen während des Krieges für das weitere Leben der ehemaligen Wehrmachtsoldaten ist unübersehbar, und in vielen Fällen bildet das „Kriegserlebnis“ bis heute einen Lebens-Mittelpunkt, dessen Intensität noch immer Gegenstand von Abarbeitungs- und Orientierungsversuchen darstellt. Die je nach Glück oder Unglück ein paar Monate oder zehn Jahre dauernde Soldatenzeit hat dabei aber nicht nur die bis dahin engen räumlichen Erfahrungsbereiche gesprengt, sondern auch die sozialen, und sie hat die politischen und moralischen Werthaltungen tiefgreifend verändert. Die langfristigen Auswirkungen von Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft sind bislang nur wenig erforscht; und es wird auch deutlich, warum: denn nach dem Kriege wurden diese Auswirkungen auf eine teils vorbereitete, teils vorgesellschaftliche Ebene abgeschoben. Fast alle Soldaten kamen mit einem beschädigten Selbstbild als Mann nach Hause zurück, sei es, daß sie von einer großen Kriegsmaschinerie gegen ihren Willen herumgestoßen worden waren und nur mit knapper Not überlebt hatten, sei es, daß sie den Krieg (oder doch seine ersten zwei Jahre) begrüßt und zu ihrer Sache gemacht hatten und danach sowohl moralisch wie auch als

Verlierer kompromittiert waren. Die meisten kamen spät zurück und brauchten lange, bis sie im zivilen Leben sich wieder zurechtfinden, besonders wenn sie auch noch durch Folgen des Krieges behindert waren. Die Gesellschaft, in die sie zurückkehrten, war mit dem Überleben beschäftigt und hatte für sie allenfalls den lieblosen Trost übrig, daß ihre Jahre im Krieg „sinnlos“ gewesen seien. Was sie für sie bedeuteten, mußten sie mit sich selbst ausmachen: in die Perspektiven der Nachkriegszeit paßten ihre Erlebnisse nicht; das gilt im Grunde bis in die Gegenwart. Die existentielle Erregung und soziale Sinnlosigkeit des Krieges wurden daher in die ZeUstruktur des Privatlebens eingeschlossen und übertrugen sich hier - direkt oder diffus - auf Arbeitsmotive, Sinnersatz und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und Generationen.

In den Erinnerungen derjenigen, die den Krieg nicht oder nicht überwiegend als Soldaten erlebt haben, werden die positiven Entwicklungen des Familienlebens und der sozialen Stabilität, die für die Jahre seit etwa 1935 so prägend waren, über den Kriegsbeginn hinweg in die frühen vierziger Jahre hineingezogen, nun ergänzt um Berichte, die allesamt davon handeln, welche Anstrengungen es kostete, das in der Vorkriegszeit mühsam erreichte Niveau des Lebensstandards durch den Krieg nicht zerstören zu lassen - die Stabilität der Höhe der Verbraucherausgaben bis 1941 spricht dafür, daß dies einigermaßen gelungen ist. Der Krieg wurde, was den privaten Bereich angeht, bis zu dieser Zeit noch vorwiegend als Störfaktor eines relativ stabilen Privatlebens angesehen. Daneben aber stand die Rezeption der militärischen Erfolge der Wehrmacht in der ersten Kriegshälfte, die zuweilen präzise geschildert werden; manche erinnern sich an die Höhepunkte von „Begeisterung“ nach dem deutschen Einmarsch in Paris, nach den Siegen in Nord- und Südosteuropa - und häufig mit ausdrücklichen Hinweisen, zu dieser Zeit habe kaum einer am deutschen Sieg gezweifelt.

Nichts läßt erkennen, daß nicht auch große Teile der Arbeiterschaft diese kriegerische Legitimation des Regimes akzeptiert hätten, zumal die Erwartung, daß Krieg Niederlage bedeute, in der „Blitzkriegs“-Phase widerlegt zu werden schien. Darüber hinaus wird man aber vor allem die Widersprüchlichkeit der Kriegserfahrungen betonen müssen; die einzelnen Erfahrungen haben keinen gemeinsamen Nenner und sind nur schwer Begriffen wie Zustimmung oder Ablehnung des NS-Regimes zuzuordnen; ein „Resistenz“- oder „Oppositions“-Potential in der Arbeiterbevölkerung generell läßt sich daraus nur schwierig herausarbeiten. Kritik und Opposition galten einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen des Regimes im Zuge der Totalisierung des Krieges, verbanden sich aber bei den meisten nicht zu einer politischen Haltung.

Für die vom Kriegsdienst freigestellten Arbeiter boten sich in den Betrieben vermehrt Möglichkeiten zum Aufstieg, wie sie ihnen bis dahin nicht begegnet waren. Zum einen war die uk-Stellung selbst Ausdruck der eigenen Unverzichtbarkeit und insofern ein Privileg gegenüber denen, die eingezogen wurden. Auf der anderen Seite bot vor allem der in den Industrieregionen seit Ende 1941 verstärkte Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen für viele deutsche Arbeiter die Gelegenheit zum Aufrücken in Vorarbeiter- und Aufseherpositionen, wobei diese Aufstiegsmöglichkeit verbunden war mit einer vom Regime durchaus beabsichtigten, für den einzelnen zunächst unmerklichen Veränderung der eigenen Rolle vom passiven zum aktiven Faktor der gesellschaftlichen Integration. Unabhängig davon, wie die einzelnen die ihnen zugewiesenen Ausländer behandelten, ermöglichte deren Anwesenheit für die deutschen Arbeiter einen sekundären sozialen Aufstieg durch „Unterschichtung“ und die Erfahrung, daß die Perspektive für sie über das „Untensein-und-unten-Bleiben“ hinausgehen konnte.

Durch die Zerstörung der Wohngebiete und Betriebe, die Verlagerung von Betrieben und Belegschaften, die Familienevakuierungen und die Massenfluchten der

Bevölkerung aus den bombardierten Städten in der letzten Kriegsphase und nach dem Kriege durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie durch Demontagen und Wohnungsneubau wurden auch die materiellen Grundlagen für ein mögliches Wiederaufleben der alten Sozialmilieus verändert, oft sogar zerstört. Die einstmals homogenen Arbeiterviertel mit gewachsenen sozialen Strukturen, die oft in der Nähe der großen Betriebe lagen, wurden durch Bombenangriffe besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein nahtloses Wiederanknüpfen an der Vorkriegssituation wäre hier meist selbst dann unmöglich gewesen, wenn die Basis der Milieus durch sozialen Wandel und Ausweitung der Erfahrungsräume nicht wie beschrieben von innen heraus schon ins Wanken gekommen wäre.

Der Bombenkrieg war aber auch das entscheidende Element zur Desintegration jener Zustimmung zum Regime, die auch in der Arbeiterschaft 1940/41 ihren Höhepunkt erfahren hatte. Die Verkürzung der sozialen Wahrnehmung auf den unmittelbaren Zusammenhang der eigenen Existenz war nicht nur der Grund, sondern auch Ausdrucksform dieser Entwicklung, ebenso wie das wachsende Desinteresse an allen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker, unmittelbarer und ausschließlicher konzentrierte sich das eigene Handeln und Interesse auf die eigene Existenz und Überlebensimprovisation. Dabei gewannen Familie und Arbeitsplatz noch an Bedeutung, weil sie bei dieser Reduktion auf die elementaren Wünsche und Bedürfnisse noch die sichersten Stützen für das Überleben darstellten. In manchen Betrieben ist bis in die letzten Kriegstage unvermindert weitergearbeitet worden. Dafür waren nicht nur die Zwangsmittel des Regimes verantwortlich, sondern die bis in den letzten Kriegstag feststellbare Orientierung auf den Betrieb bedeutete auch das Festhalten an dem einzigen Ort, der wenigstens einen „Abglanz an Normalität“ in einer völlig chaotisch gewordenen Umwelt bot - außerdem war für die Arbeiterschaft nur mit einem Arbeitsplatz eine Perspektive für die Zeit nach dem Kriegsende denkbar.

#### Perspektiven der Faschismuserfahrung

Die Jahre des Dritten Reiches haben die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets tiefgreifend und umfassend verändert. Die daraus resultierenden Perspektiven der Faschismuserfahrung lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Das Syndrom nationalsozialistischer Sozialpolitik gegenüber der Arbeiterschaft aus Sicherheit des Arbeitsplatzes, relativ hohen Löhnen, sozialer Versorgung, Freizeitmöglichkeiten, Familienorientierung und Nationalisierung des Unterhaltungsmarktes hatte vielfach positive Erinnerungen hinterlassen. Diese beschrieben aber in erster Linie nicht erlebte Wirklichkeit, sondern neu entstandene Zukunftshoffnungen: die Idee von anderen, sozial abgesicherten, individuelleren Perspektiven. Die wenigen Jahre, in denen solche Pläne entstanden, reichten nicht aus, um daraus schon langfristig wirksame Veränderungen der Lebensweisen zu entwickeln. Aber alle zukünftige Politik würde sich bei der Arbeiterschaft an den Erfahrungen und Hoffnungen der dreißiger Jahre messen lassen, zugleich aber die negativen Seiten dieser Erfahrungen - Rechtlosigkeit, Unterdrückung, überlange Arbeitszeiten, Arbeitshetze - durch ein wirksames System der Interessenvertretung berücksichtigen müssen. Die Orientierung der individuellen Durchsetzungsfähigkeit am Markt bedurfte also einer effizienten Vermittlung von kollektiven Interessen, ohne das individuelle Fortkommen dabei zu behindern.

2. Einer Rekonstruktion der Bedeutung der Milieus als Basis symbolischer Sinnggebung standen von daher gewichtige Veränderungen in den Erfahrungen und Lebensformen der Arbeiterschaft entgegen. Die Tendenzen in Richtung auf Familie, Vorrang des Privatlebens vor der Halböffentlichkeit der Nachbarschaften, Individualisierung und Mobilität ebenso wie die Erweiterung der sozialen und geographischen Erfahrungsräume vor allem während des Krieges hatten die Prädispositionen in der Arbeiterklasse des Reviers deutlich verändert. Die Auswirkungen waren bei den einzelnen Generationen freilich unterschiedlich: Zwar war die Lebensperspektive der Älteren eher durch das Verlangen nach Stabilität und durch den Rückzug auf Familie und Beruf als Konsequenz der leidvollen Erfahrungen vor und während der nationalsozialistischen Herrschaft beschränkt, aber sie konnten noch auf ältere Erfahrungen der Kollegialität und Selbsthilfe zurückgreifen. Dagegen waren für viele Jüngere Aspekte wie sozialer Aufstieg, Modernität, Leistungsorientierung durch ihre Erfahrungen während der NS-Zeit durchaus positiv besetzt. Hier waren neue Möglichkeiten und Perspektiven sichtbar geworden und hinterließen Hoffnungen und Wünsche nach einem Ausbruch aus der Armut und der stagnierenden Aussicht des Arbeiterlebens.

3. Zugleich hatte sich die politische Orientierung der Arbeiterschaft gewandelt. Der Kommunismus, der früher besonders für die jüngeren Arbeiter und Arbeitslose attraktiv gewesen war, galt jetzt vielen Jungen als ein Phänomen der Vergangenheit und war vorwiegend als Objekt antikommunistischer Propaganda der Nationalsozialisten bekannt, während der größte Teil der einstigen KP-Kader von den Nazis verfolgt und oft ermordet, ein kleinerer kompromittiert worden war. Die nicht ganz bedeutungslose Anhängerschaft der Nazis in den Betrieben von 1933 existierte 1945 ebenfalls nicht mehr; sie war widerlegt. Und was der von alten SPD- und Zentrumsfunktionären vermutete latente Zusammenhalt ihrer einstigen Basis jetzt noch bedeuten konnte, mußte sich erst noch zeigen. Darüber hinaus aber waren die alten Verbindungen zwischen Betriebsarbeit, Wohn- und Freizeitbereich und politischer Orientierung zerstört worden. Durch Entpolitisierung und zum Teil auch politische Kompromittierung von Teilen der Arbeiterschaft waren die sozialistischen Selbstverständlichkeiten in der Arbeiterklasse weithin verkommen und die Frage, ob und wie die Arbeiterbewegung nach dem Krieg wiederentstehen könnte, relativ offen.

4. In der starken Hinwendung auf die Familie im Zuge der Entwicklung seit etwa 1935 kamen jenseits der Hauswirtschaft Möglichkeiten eines erweiterten und verinnerlichten Familienlebens in Sicht. Während die Kriegs- und Nachkriegsnot die ersten Anzeichen zu einer Entlastung der Hausarbeit ins Gegenteil verkehrte, unterstrich sie das Bedürfnis nach Familie als letztem Hort materieller und emotionaler Sicherheit. Das gab auch jenen Frauen der jüngeren Generation, die in BDM und Krieg neue Aktivitäts- und Verantwortungspotentiale in sich entdeckt hatten, für eine Übergangszeit einen bedeutsamen innerfamiliären Aufgabenbereich. Es ließ sich aber absehen, daß er sie

jenseits des materiellen Notstands und der Depression der Kriegsheimkehrer nicht lange mehr würde ausfüllen können.

### Nachkriegszeiten

An das Datum des Kriegsendes erinnern sich die meisten, die es im Ruhrgebiet erlebten, als „Erlösung“, weil endlich die qualvollen Nächte in den Bombenkellern zu Ende waren und sich die Furcht vor den Siegern, die vor deren Einmarsch groß gewesen war, dann doch nur für wenige als berechtigt erwiesen hatte. Lebensgeschichtlich aber war hier für viele kein Wendepunkt, die Periodisierung der Biographien geht über das Kriegsende hinweg und umfaßt - „erst die Bomben, dann der Hunger“ - die schlechten Kriegs- und Nachkriegsjahre insgesamt, die erst mit der Wiedereinkehr „normaler Verhältnisse“ zu Ende waren; bei vielen ist dieser Endpunkt präzise fixierbar: 21. Juni 1948, Tag der Währungsreform.

Mit dem Einmarsch der Allheiten war die relativ privilegierte Versorgungssituation der deutschen Bevölkerung zu Ende, und die während der letzten Kriegsphase schon immer ausschließlicher auf das eigene Überleben gerichtete Haltung verstärkte sich noch - in der Ruhrarbeitschaft verbunden mit der deprimierenden Erkenntnis, daß vor allem sie es war, die die Kosten der Niederlage zu tragen hatte: Viele Arbeiterwohnviertel waren zerstört, die Betriebe wurden von den Alliierten geschlossen, und Vorräte besaßen die meisten Arbeiter nicht. An diese Situation knüpften die meisten Arbeiterkader bei Kriegsende an. Schon die Antifa-Komitees - oft als Beleg für die spontane, quasi revolutionäre, jedenfalls radikale Linkstendenz in der Arbeiterschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit genommen - hatten vor allem hier ihre Stoßrichtung: Unschädlichmachung lokaler Nazi-Führer und Überwindung der wirtschaftlichen Lähmungskrise, Trümmerräumung, Reparatur von Versorgungsanlagen, Beschaffung von Lebensmitteln, Wiederinstandsetzung von Betriebsanlagen, Verhinderung von Plünderungen, Aufstellung einer Hilfspolizei sowie Aufbau eines Organisationskerns. Auch die Betriebsausschüsse, -Sprecher oder -rate, die in vielen Betrieben unmittelbar nach Kriegsende gebildet wurden, hatten ihre Aufgabe: die Arbeitsplätze und die Wohnungen der Belegschaftsmitglieder zu erhalten oder wiederherzustellen und die elementaren Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten. Oft gingen ihre Kompetenzen aber weiter: Durch die Verhaftung beziehungsweise Suspendierung der Unternehmensleitungen nahezu aller Großbetriebe im Ruhrgebiet fiel den Betriebsräten hier in den ersten Nachkriegsjahren eine Schlüsselrolle für den Wiederaufbau der Betriebe, für die Inangansetzung und den Absatz der Produktion zu.

Die Mangelercheinungen in der Versorgung waren keine neue Entwicklung in der Nachkriegszeit, eher setzen sich die schon seit längerer Zeit festzustellenden Tendenzen zunehmender Verschlechterung fort. Auch die halb- und illegalen Methoden der Selbstversorgung durch Hamstern, Tausch- und Schwarzmarktgeschäfte stellten schon während des Krieges Massenphänomene dar. Während sie sich aber vor 1945 auf bestimmte Mangelwaren beschränkten und die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen gewährleistet war, liefen nun auch die Ansprüche der Bezugsscheine im Rahmen der Bewirtschaftungspraxis ins Leere, so daß man sich zunehmend auf die zweite Ökonomie und darin vor allem auf den Schwarzmarkt verwiesen sah. Für die Arbeiter war dies eine besonders nachteilige Entwicklung, weil sie zumeist wenig Tauschbares anzubieten hatten - der Schwarzmarkt als Bewährungsprobe für eigene Stärke und individuelles Durchsetzungsvermögen machte ihnen nur zu deutlich, daß sie nach wie vor zu den wirtschaftlich Schwachen gehörten. Daneben aber waren hier besonders für alle im Umfeld des Ruhrbergbaus Beschäftigten auch andere Erfah-

rangen zu machen: Da der Bergbau als einziger Industriezweig von den Alliierten gefördert wurde und ein Prämiensystem im Naturalakkord mit CARE-Paketen bezahlt wurde, war die Lage der Bergarbeiter privilegiert und auch auf dem Markt relativ stark. Die Arbeiter anderer Branchen hatten als einzelne für den Tauschmarkt zumeist nichts zur Verfügung; als Gruppe aber konnten sie ihre Marktmacht vervielfachen und den Schwarzmarkt über „Kompensationsgeschäfte“ professionalisieren; nicht unerhebliche Teile der Reproduktionsmittel der Arbeiterfamilien des Ruhrgebiets sind offenbar auf diese Weise „organisiert“ worden - damit wurden aber gleichzeitig Elemente wie „Abwertung einer sozialistischen Alternative“, „Akzeptanz des Marktes“ und „Optimierung der eigenen Machtpositionen über betrieblich organisierte Klientelverbände“ fordert und eingeübt.

Solche Kompensationsgeschäfte (wie überhaupt der Versuch des Überlebens in enger Anlehnung an den Betrieb) gab es auch in anderen Industriebezirken, wenn auch wohl nicht in diesem Ausmaß, da der Bergbau der einzige von der Besatzungsmacht nachdrücklich geförderte Produktionszweig war. Langfristig von Bedeutung aber war, daß im Ruhrgebiet diese Geschäfte weitgehend unter der Regie der Betriebsräte abliefen, ebenso wie die Verteilung der Versorgungsmittel, die Zuweisung von Werkswohnungen, die Entlassung und Wiedereinstellung der von der Front und aus den evakuierten Betrieben zurückflutenden Belegschaftsmitglieder. Die dabei von den Arbeitern gemachten Erfahrungen sind zum Teil widersprüchlich: Einerseits wurde der Schwarzmarkt als Schieberdomäne erkannt und abgelehnt, gleichzeitig war man froh, daß man sich über den Betrieb daran beteiligen konnte. Einerseits zeigte sich hier der Markt in seiner ursprünglichen, darwinistischen Form. Auf der anderen Seite wurde durch die Erfahrungen mit der staatlichen Bewirtschaftung während des Krieges und danach auch die Propagierung einer sozialistischen Planwirtschaft als Mangelverteilung denunziert; die „freie Marktwirtschaft“ als Absage an wirtschaftliche Planungs- und Zuteilungssysteme versprach eine Alternative.

Eine verwirrende Erfahrung war auch der im Einklang mit der Kapitalseite - die dafür in der Stahlindustrie die Mitbestimmung anbot - geführte Kampf gegen die Demontage: Die Betriebsräte und weniger die politisch oft belasteten und zunächst in alliierterem Gewahrsam einsitzenden Unternehmer waren es, die den Kampf gegen die Demontage der Montanbetriebe des Reviers in den ersten Jahren führten und die in der entscheidenden Phase vorgeschickt wurden - unterstützt durch Massenaktivitäten wie Demonstrationen und Unterschriftensammlungen. Daß sich im nachhinein die Demontage von veralteten Produktionsanlagen und Überkapazitäten wirtschaftlich eher positiv auswirkte, darüber wird in vielen Interviews mit männlichen Arbeitern und Angestellten reflektiert. In der Erfahrung der Betriebsräte - bei den „einfachen“ Arbeitern wird dieser Aspekt nicht so ausführlich, von der Tendenz her aber ähnlich ausgedrückt - war die Massenmobilisierung und politische Aktivität gegen die Demontage ein Fehlschlag; die unmittelbare Interessenvertretung, die Organisation des Betriebs und der Versorgung der Belegschaften hingegen eine Erfolgsgeschichte.

Die Nachkriegsjahre waren im Ruhrgebiet außer durch Mangel auch durch eine schier ameisenhafte Mobilität gekennzeichnet: Die jetzt zu „DP's“ (Displaced Persons) gewordenen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen zogen aus den Ruhrstädten nach Hause, die deutschen Kriegsgefangenen kehrten zurück. Dasselbe versuchten die Evakuierten, Ausgebombten und Kinderlandverschickten, wurden zunächst aber teilweise durch Zugangssperren behindert. Neu hinzu kamen Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Osten, besonders diejenigen, die von den Arbeitsmöglichkeiten im Bergbau angelockt worden waren. Der Arbeitskräftebedarf der Zechen, bei denen man in jedem Sinne des Wortes „untertauchen“ konnte, machte den Bergbau auch zu einer Zwischenstation politisch Belasteter der Besatzungszeit auf dem Weg zu einer neuen sozialen Identität.



Diese große Durchmischung der Bevölkerung hat im Ruhrgebiet zunächst nicht anders gewirkt als in anderen Regionen; da aber hier früher eine relativ homogene Arbeiterbevölkerung vorgeherrscht hatte und der Bergbau einen großen Anziehungseffekt auslöste, waren die Auswirkungen auf die Struktur der Nachkriegsbevölkerung besonders spürbar. Dies gilt etwa für die konfessionelle Zusammensetzung; durch das Hinzukommen vorwiegend evangelischer Vertriebenen aus dem Osten wurde die katholische Dominanz (etwa in zahlreichen Bergbaubetrieben), wenn nicht gebrochen, so doch gelockert - und mit ihr die Bindungskraft der Kirche in der Arbeiterschaft. Dies gilt aber auch für die Verbreitung stärker individualistisch orientierten Leistungsdenkens, das bei den Vertriebenen besonders ausgeprägt war und zu starkem Aufstiegsdenken gerade bei denen führte, die vorher nicht Arbeiter gewesen waren und ihre soziale Deklassierung durch erhöhte Anstrengungen möglichst bald wieder ausgleichen wollten. Und dennoch scheint es so, als habe es „Flüchtlingsprobleme“ in der Form, wie sie in nord- und süddeutschen Regionen ebenso regelmäßig wie tiefgreifend auftraten, im Ruhrgebiet nicht gegeben. Die Einwanderergesellschaft des Ruhrgebietes war selbst noch zu wenig statisch und etabliert, die Erinnerung an den eigenen Zuzug in den Westen oder den der Eltern noch zu frisch, als daß die Konflikte zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen sich hätten zuspitzen können. Das Ruhrgebiet hatte in den vergangenen Jahren mit immer neuen Einwandererwellen und von ihnen gelebt, so wurde auch diese nicht als etwas sonderlich Neues wahrgenommen.

Außer der durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse erzwungenen Mobilität und dem Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen führte die Schließung oder Teilschließung vieler Großbetriebe der Stahlindustrie für lange Zeit zu einer weiteren Lockerung traditioneller Bindungen und Gemeinschaften. Viele Stahlarbeiter mußten sich um andere Arbeitsplätze bemühen oder lange Jahre Aushilfstätigkeiten verrichten. Die Belegschaften, die schon während des Krieges durch Ausländereinsatz und Einziehungen zur Wehrmacht stark verändert worden waren, wurden erneut durchmischt; ebenso wie die Wohnviertel, wo durch Zerstörungen und Überbelegungen gewachsene Nachbarschaften verändert oder ganz aufgelöst wurden.

Arbeitsplatz und Familie wurden erneut zu „Fluchtpunkten“; beide aber waren auf charakteristische Weise verändert. Während die Belegschaften großer Betriebe durch die entgegengesetzten Tendenzen im Kohle- und im Stahlbereich und deren Trennung durch die Besatzungsmacht teils stark vermindert, teils neu zusammengesetzt wurden, weiteten sich die Familien häufig zu regelrechten Clans aus - oft das genaue Gegenteil von dem, was sich die aus aller Welt Heimkehrenden in ihren Wünschen nach Geborgenheit in Heim und Familie erhofft hatten, sondern eher „Selbsthilfegruppen zur Überwindung extrem elender und ungewohnter Lebensbedingungen, deren Konstitutionsmerkmal - Verwandtschaft - ihnen etwas Unentrinnbares gab“ (Niethammer). Aber ähnlich wie der Verdruß über Mangelrationierung und Schwarzmarkt den Wunsch nach einem Ende der Planwirtschaft und nach normaler Marktwirtschaft verstärkte, wurde für die Ruhrbevölkerung durch den Überdruß an den großfamilialen Notgemeinschaften der Nachkriegszeit der Wunsch nach einer nach außen abgegrenzten Kleinfamilie in einer „Wohnung für sich alleine“ nahezu übermächtig.

Die Überlebensstrategien der Ruhrbevölkerung in der Nachkriegszeit knüpften zunächst durchaus an Traditionen aus der Einwanderungs- und der Weimarer Zeit an; Selbsthilfe und Nachbarschaft prägten das Leben, und die Wege des Rückzugs auf Arbeit und Kleinfamilie waren den meisten vorerst versperrt. Der Unterschied zu den vorfaschistischen Traditionen bestand vor allem darin, daß die Situation nach 1945 die Rückführung allen Handelns auf die Grundbedürfnisse - Wohnen, Essen, Wärme - mit sich brachte und kulturelle Elemente dabei ebenso zurücktraten wie politische. Für viele der Älteren war nach dem Krieg dieses Anknüpfen an elementaren Formen

kollektiver Lebensbewältigung im alten Arbeitermilieu eine Selbstverständlichkeit, für die mittlere und jüngere Generation war sie es nicht mehr. Im Großen aber erfuhren sich die Arbeiter im Ruhrgebiet nach 1945 wie vorher vor allem als Opfer und Objekt politischer Entscheidungen, die sie nicht bestimmen konnten - das war im Zusammenhang mit Sozialisierung und Demontage noch einmal ausdrücklich bestätigt worden.

Hingegen zeigte die Tätigkeit der Betriebsräte, daß zumindest im Betrieb eine erfolgreiche Interessenvertretung möglich war: Hier konstituierte sich ein Politikmodell, das in den folgenden Jahren in modifizierter Form noch an Bedeutung gewinnen und auch ein politischer Faktor werden sollte. Die Bedeutung der Betriebsräte als „Basiseliten“ war allerdings weniger durch spezifische soziokulturelle und politische Zuordnungen wie in den Arbeitermilieus der Weimarer Zeit abgestützt, sondern in einer neuen und vereinheitlichten Weise durch ihre Leistung und Effizienz. Politischer Ausdruck dessen wurde die Einheitsgewerkschaft, deren Funktionäre aus den verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung kamen, denen Pragmatismus und Basisnähe aber gemeinsam war. Weder gemeinsame Traditionen noch eine explizite, weitreichende politische Programmatik stellten dabei die Grundlage der Beziehung zwischen Basiseliten und Arbeiterschaft dar; sie gründete vielmehr auf der Durchsetzung von Teilhabe und Rechten im Betrieb (und darüber hinaus) und entwickelte das Grundmuster von Leistung und Loyalität.

In seiner Struktur lag dieses Syndrom aus Pragmatismus und Effizienz der kommunistischen, teilweise auch der christlichen Arbeiterbewegung fern, denn es machte weltanschauliche Gebundenheit und politische Langzeitprogramme zur Privatsache - zudem waren beide Gruppen durch andere Faktoren benachteiligt: Die Kommunisten verfügten zwar über betrieblichen Einfluß und zahlreiche integre Basisvertreter, wurden aber durch ihre außenpolitischen Bindungen im Zuge des Kalten Krieges immer stärker isoliert und waren insofern nicht glaubwürdig, als zwischen betriebsorientiertem Handeln und politischer Programmatik ein Spalt klaffte, der etwa in der Demontagepolitik vollends offensichtlich wurde. Auch den christlichen Arbeitervertretern im Ruhrgebiet gelang es zunächst durchaus, an ihre Traditionen von vor 1933 anzuknüpfen und Teile der Arbeiterschaft über das politische und organisatorische Engagement der christlichen Betriebsräte in die Nähe der CDU zu orientieren. Daß sich dies auf mittlere Sicht nicht durchsetzte und die CDU an der Ruhr zunehmend ihre Anhänger in der Arbeiterschaft verlor, hatte verschiedene Ursachen. Zum einen verloren die Versuche zur Rekonstruktion der stark religiös besetzten Milieubindungen an Durchschlagskraft, als sich erwies, daß die sozialpolitische Ausrichtung des Zentrums von der CDU nicht fortgeführt wurde und sich so für die katholische Ruhrarbeiterschaft keine spezifischen, vor allem sozialpolitischen Angebote eröffneten. Auf der anderen Seite wurde die christlich orientierte Arbeiterschaft durch die in den Nachkriegsjahren ins Ruhrgebiet strömenden Vertriebenen konfessionell erweitert, so daß eine ausschließlich katholische Arbeitnehmervertretung für die überkonfessionell angelegte CDU sehr problematisch war, während die Arbeitermilieus katholisch, nicht überkonfessionell christlich ausgerichtet gewesen waren. Schließlich spielten hier auch allgemeinere politische Aspekte eine Rolle, vor allem als sich das politische und soziale Gravitationszentrum der CDU durch die Integration des deutschnationalen und des wirtschaftsliberalen Flügels stark nach rechts oben verschob.

Für die katholischen wie die kommunistischen Vertreter der Arbeiterbewegung an der Ruhr galt zudem, daß in den Nachkriegsjahren nicht die Reorganisation der Traditionszusammenhänge, sondern die Effektivität der betriebsnahen Vermittlung vorwiegend sozialer Interessen von den Belegschaften honoriert wurden - wollten sie erfolgreich sein, mußten sie den Weg von den Wiederbelebungsversuchen der Milieus hin zur

Integration in einen zwar effektiven, aber politisch und kulturell gesichtslosen Apparat der institutionalisierten, nach unten klientelhaft organisierten Vorteilsvermittlung gehen. Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, ob kommunistisch, sozialdemokratisch oder „schwarz“, sahen sie sich in der Verfolgung politischer Langzeitperspektiven von oben durch das Veto der Besatzungsmächte, von unten durch das Beharren der Masse der Arbeiterschaft am Wiederaufbau von Familie, Wohnung, Arbeitsplatz und individueller Zukunft behindert. Dazwischen eröffnete sich ein Raum der Koordination, was zwar ihre Rolle in bis dahin unbekannte Größenordnungen aufwertete, zugleich aber einer programmatischen, kulturellen oder symbolischen Alternative zur Gesamtgesellschaft entkleidete.

Für die Sozialdemokraten traf dies noch am wenigsten zu, war ihre Tradition doch schon in der Weimarer Zeit an systemimmanenten Befriedigungen orientiert und weniger ideologisch aufgeladen gewesen als diejenige von Katholiken oder Kommunisten. Der durch Druck von oben und unten entstandene Zwang zum Pragmatismus in der Nachkriegszeit kam ihnen insofern entgegen; sie waren daher am ehesten in der Lage, den seit den dreißiger Jahren veränderten Perspektiven und Erfahrungen der Ruhrarbeiterschaft in der Praxis zu entsprechen und sie durch eine Orientierung auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmung und staatliche Sozialpolitik zu konkretisieren.

Die Errichtung eines basisnahen, betrieblich orientierten, später noch ausgeweiteten Systems der Interessenvertretung, das den einzelnen von der Notwendigkeit der „Tarif politik auf eigene Faust“ entthob, soziale Verbesserungen ohne eigene politische Aktivität ermöglichte und einen wirksamen Beschwerdeweg über Vertreter der Arbeiterschaft eröffnete, bannte zugleich die Traumata der Individuahisierungserfahrung seit den dreißiger Jahren: Rechtlosigkeit und Überausbeutung.

Das alles wird jedoch in seiner Wirksamkeit erst vor dem Hintergrund des Wiederaufbaubooms recht verständlich, der die Grundlage für ein auf stetiges Wachstum abgestelltes Marschziel der Arbeiterbewegung abgab. Dadurch wurde aber gleichzeitig die Ablösung aus symbolischen und kulturellen Kompensationen der Lage der Arbeiterschaft in weltanschaulichen Lagern ermöglicht und ihr Einsatz durch materielle Fortschritte gefördert. Und nirgendwo sonst in Westdeutschland wurden diese Partizipationsstrukturen, auf denen ein Gutteil der Fähigkeit der Basiseliten zur Verlängerung ihrer Nachkriegsfunktionen in die fünfziger Jahre aufbaute, so fest und wirksam verankert wie im Geltungsbereich der Montanmitbestimmung, in der insofern zugleich ein historischer Ausdruck der politischen Regionalkultur an der Ruhr wie auch ein Instrument ihrer Reproduktion zu sehen ist.

### Das „normale Leben“

Als Kulminationspunkt der Nachkriegszeit und take-off zur „Wiedererlangung“ eines „normalen“ Lebens erweist sich in erfahrungsgeschichtlicher Perspektive die Währungsreform: Als von „oben“ in umfassender Machtvollkommenheit gesetzt und in ihren Auswirkungen als erkennbar ungerecht erfahren, wird sie in den Lebensgeschichten doch als Auftakt einer neuen, einer noch immer gültigen gesellschaftlichen Normalität begriffen, in deren Rahmen auch ein eigener Aufschwung stattfand - zweifellos ungerecht, aber letztlich zum eigenen Vorteil. Die Währungsreform kann man aus dieser Perspektive begreifen als Auftakt zur „Wirtschaftswunderzeit“ oder sogar als „Gründungsmythos“ der Bundesrepublik, worin der Markt als Perspektive angenommen wurde, weil sie der eigenen Perspektive nicht widersprach und beide im Rückblick sich als Fortschritt bewährt haben. Die Währungsreform ist aber auch deshalb ein so einheitlich erfahrenes Datum, weil die Scheingleichheit des Kopfgeldes

jeden im Alltag erreichte und jeder den Schein durchschaute. Die politische Gründungsphase der Republik wird hingegen meist gar nicht erinnert - oder nur in Nebensätzen von den „langen Reden“, die damals gehalten worden seien.

Die fünfziger Jahre werden vor allem als „ruhige Zeiten“ geschildert, in denen - endlich - lang gehegte und angestaute Lebenswünsche verwirklicht werden konnten, die auf der anderen Seite ein Profil von „normalem Leben“ definiert haben, weil ihnen das Fremde, das sie distanzierbar und damit mitteilenswert machen könnte, fehlt. Die Arbeit wird zum unübersehbaren Schwerpunkt des Lebens nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen, für die der Aufbau eines Familienlebens auf einigermaßen gesicherter Grundlage eine jahrelange, mühselige Aufgabe darstellte. Diese Konzentration auf die Arbeit ist bei manchen auch als Akzeptanz einer langen, beschwerlichen Perspektive (nämlich: eine Praxis der kleinen Schritte) zu verstehen, nachdem die großen, die revolutionären und schnellen Lösungen gescheitert waren: Hierin ist *ein* Element jener „Resignation“ zu sehen, die in den Bewußtseins-Analysen der fünfziger Jahre festgestellt wurde, wenngleich unsere Interviews auch deutlich machen, daß von „Resignation“ nicht in der Perspektive der Befragten, sondern nur in Relation zu einer überzogenen Politisierungsvorstellung gesprochen werden kann.

Fester Arbeitsplatz und gute Löhne sind aber nur die eine Seite dieser Erfahrung, die nicht gleichgesetzt werden kann mit „Aufstieg“ oder gar „Verbürgerlichung“. Die Lebensgeschichten der Arbeiter machen vielmehr deutlich, daß sie Arbeiter blieben, die Subalternität und Ausbeutung als prägende Erfahrungen erlebten, die sich über die Gewerkschaften höhere Löhne und bessere Sozialleistungen erkämpfen mußten und die Gesellschaft weiterhin als in „wir und die“ dichotomisch gespalten erlebten.

Aber daneben gab es im Nähbereich auch Rechte. Nach dem Niedergang der Selbsthilfe-Macht der Betriebsräte und ihrer Ersetzung durch das Mitbestimmungssystem im Montanbereich weiteten sich die Klientelstrukturen der Betriebsräte zu einem Netz kommunaler, betrieblicher und regionaler Interessenvertretung aus, das gewerkschaftliche, kommunalpolitische, sozialstaatliche und sozialfürsorgereiche Elemente besaß und in den basisnahen Multifunktionären seinen personellen Ausdruck fand: ein Regionalmilieu arbeiterfreundlicher Substrukturen, aber ohne spezifische kulturelle und symbolische Inhalte oder politisch-programmatische Utopien. Hier liegt das Fundament der sozialdemokratischen Hegemonie im Ruhrgebiet, abgesichert durch enge Verbindungen zu den Gewerkschaften, in Opposition zu einer wirtschaftsnahen CDU-Regierung, in behutsamer Ablehnung einer Remilitarisierung, die in der Arbeiterschaft keine Anhänger finden konnte.

Neben der Arbeit war der zweite Schwerpunkt des Lebens in den fünfziger Jahren die Familie - die Kleinfamilie, abgegrenzt von Verwandtschaft und Nachbarschaft, aber durch neue Erfahrungen verändert. Vor allem die Rolle der Frauen war hier neu. Die Hausfrauenarbeit wuchs über die Meisterung elementarer Not hinaus und eröffnete eigene Dispositionsspierräume; die Erfahrungen von Jugenderziehung im Dritten Reich, in den „Diensten“ und im Beruf hatten sie Effizienz, Arbeitsorganisation, Nutzung von Hilfsmitteln auch als wesentliche Prinzipien häuslicher Arbeit schätzen gelehrt. Gleichzeitig gewannen „Familienleben“ und Kindererziehung an eigenem, von der Hausarbeit stärker getrenntem Profil.

Die verschiedenen hier angesprochenen Bereiche haben gemeinsam, daß sich zunächst eine lange Phase der Stabilisierung entwickelte, die nach so vielen Jahren der Unsicherheit und Not ein Stück vom besseren Leben in Reichweite brachte. Die oft beschriebene Statik, der konservative Grundzug der Ruhrarbeiterschaft hat hier ihren Kern: „Statik“ ist dafür aber ein äußerlicher Begriff, der die Dynamik innerhalb der festen Größen Arbeit und Familie nicht einbezieht. Zielpunkt und Normvorstellung

dieser Dynamik war zweifellos eine an kleinbürgerlichen Maßstäben gewonnene Hoffnung auf Unabhängigkeit, Sicherheit, Stabilität. Die Ruhrarbeiterschaft war aber von ihrem Ausgangspunkt nach dem Kriege von dieser Vorstellung weiter entfernt als andere gesellschaftliche Gruppen, entsprechend lange dauerte diese Entwicklung. Aber sie war nicht einfach eine Kopie kleinbürgerlicher Lebensvorstellungen; neben den sich ausweitenden Elementen von Individualität und Aufstieg (meist erst der Kinder, die die Hoffnungen der Eltern fortführen und erfüllen sollten) wurde sie von spezifischen Formen der Kollektivität, der informellen Hilfeleistung, der Einbindung in ein Netz der basisnahen Vermittlung zwischen privatem Interesse und sozialstaatlichen Angeboten geprägt und davon getragen, daß diese Veränderungen in der Spanne *eines* Lebens erfahren worden waren und deshalb anhand jener Prädispositionen, die an dessen Anfang ausgebildet worden waren, beurteilt wurden.